

Neue Zürcher Zeitung

«Hier gibt es kein Gesetz. Ausser mein Gesetz» – auf russischen Polizeiposten nimmt die Gewalt gegen festgenommene Demonstranten zu

In den zwei Wochen seit dem Angriff auf die Ukraine haben Russlands Sicherheitskräfte mehr als 14 000 Personen festgenommen, die gegen den Krieg demonstrierten. Offenbar fühlen sich immer mehr Polizisten über dem Gesetz: Sie misshandeln und drohen.

Patrick Zoll

12.03.2022, 05.30 Uhr

In einem Bus der Moskauer Polizei sind Anfang März mehrere Personen zu sehen, die bei Demonstrationen festgenommen wurden.

Sefa Karacan / Anadolu / Getty

«Wie sollen wir mit Ihnen kommunizieren? Höflich, kultiviert, schnell und professionell? Oder schreiben wir Artikel 51? Dann gibts Ohrfeigen, wir spritzen

dreckiges Wasser in Ihr Gesicht, drücken an Ihnen Zigarettenstummel aus. Und wir führen ein ganz langes Gespräch.»

Diese Drohungen sind gegen Marina Morosowa gerichtet, eine 22-jährige Moskauerin. Sie wurde am 6. März mit mehreren tausend anderen Personen an einer unbewilligten Demonstration gegen den Krieg in der Ukraine festgenommen. Morosowa gelang es, die Einvernahme aufzunehmen – der verhörende Beamte rechnete offensichtlich nicht damit: Auf dem Mitschnitt ist zu hören, wie er Morosowa schlägt, ihr droht, sie zu erschiessen, und sagt: «Hier gibt es kein Gesetz. Ausser mein Gesetz.»

Schon Tausende von Festnahmen

In Rage versetzt hatte den Beamten, dass Morosowa von ihrem Recht Gebrauch machen wollte, nicht gegen sich selbst auszusagen. Statt auf seine Fragen zu antworten, zitierte die Studentin Artikel 51 der russischen Verfassung, wo dieses Recht verankert ist.

Veröffentlicht hat die Aufnahme «Nowaja Gaseta», eines der letzten unabhängigen Medien Russlands. Was Morosowa erlebt hat, ist offenbar kein Einzelfall. Die Redaktion hat sieben weiterer Fälle von Gewalt und Drohungen gegen Anti-Kriegs-Demonstranten auf Polizeiposten am gleichen Tag dokumentiert.

Oleg Koslowski, der Russland-Experte von Amnesty International, spricht von einem neuen Phänomen: «Bei Festnahmen hat die Polizei schon lange übermässig Gewalt angewendet. Was wir jetzt sehen, sind auch Misshandlungen auf Polizeiposten und in Polizeibussen.» Die russische Polizei kopiere die Methoden ihrer weissrussischen Kollegen im Umgang mit Regimekritikern, sagt der Menschenrechtsexperte.

In den zwei Wochen seit Russland die Ukraine überfallen hat, sind mehr als

14 000 Personen festgenommen worden, die an Demonstrationen gegen den Krieg teilgenommen haben oder auf dem Weg zu Protesten waren. Das sind schon fast so viele wie in drei Monaten bei den Demonstrationen gegen die Verurteilung von Regimekritiker Alexei Nawalny vor einem Jahr.

Legal eine Demonstration durchzuführen, ist für oppositionelle Kreise in Russland praktisch unmöglich. Anfang März wurde das Gesetz erneut verschärft, «öffentliche Handlungen, die den Einsatz der russischen Streitkräfte diskreditieren», wurden unter Strafe gestellt. Damit ist es in Russland strafbar, öffentlich zu sagen, man sei gegen den Krieg. Wer dagegen verstösst, dem droht eine hohe Geldstrafe, im Wiederholungsfall gar eine strafrechtliche Verfolgung.

Menschenrechtsorganisationen können kaum mehr helfen

Die Zahlen über Festnahmen an Demonstrationen stammen von der Menschenrechtsplattform OWD-Info, die eine Hotline für Festgenommene betreibt und Rechtsbeistand organisiert. Maria Kusnezowa, deren Sprecherin, stellt fest, dass sich viele Sicherheitskräfte zunehmend unantastbar fühlten. Dies sei unter anderem darauf zurückzuführen, dass es immer weniger unabhängige Medien gebe, die über Missbräuche in Polizeigewahrsam berichteten.

Mit dem Fernsehsender Doschd und dem Radiosender Echo Moskwj mussten Anfang März zwei der noch verbliebenen Medien, die nicht dem Kreml nahestehen, den Betrieb einstellen. Ausländische soziale Netzwerke wie Facebook oder Twitter sind in Russland praktisch nur noch mit speziellen technischen Hilfsmitteln wie VPN-Tunneln erreichbar. So laufen Sicherheitskräfte auch weniger Gefahr, dass ihr Machtmissbrauch auf einem dieser Wege publik wird.

Die Politik des Kremls, kritische Medien zu verbieten und ihnen die Arbeit unmöglich zu machen, zahlt sich damit aus. Das Gleiche lasse sich über Menschenrechtsorganisationen sagen, meint Koslowski: Diese seien stark unter Druck und kämpften ums Überleben. So bleibe ihnen kaum noch Zeit und

Energie, sich für die Rechte von Demonstranten einzusetzen.

Unklar ist, ob es Anweisungen von oben gibt, die Demonstranten besonders hart anzufassen, oder ob einzelne Polizisten in Zeiten des Krieges glauben, dass die normalen Regeln nicht mehr gelten. Zumindest wird aus den aufgenommenen Verhören deutlich, dass sich die Peiniger von oberster Stelle zu ihrem Tun bemächtigt fühlen. «Putin ist auf unserer Seite. Sie sind ein Feind Russlands. Sie sind ein Feind des Volkes», sagte der Verhörführer der 26-jährigen Alexandra Kaluschkisch. Sie wurde wie Morosowa am 6. März festgenommen und auf den Polizeiposten Bratejewo im Südosten Moskaus gebracht. Auch sie nahm das Verhör versteckt auf, und «Nowaja Gaseta» veröffentlichte es.

Sind die Verhörer Polizisten oder vom Geheimdienst?

Falls es Anweisungen gebe, gegen Festgenommene Gewalt anzuwenden, würden diese höchstens mündlich erteilt, vermutet die Soziologin Jekaterina Chodschajewa im Interview mit «Nowaja Gazeta». Es handle sich ja um eine klare Aufforderung zum Gesetzesbruch. Und das würde kein Vorgesetzter unterschreiben, so die Soziologin.

Auch ungeklärt bleibt, ob die Verhörer Polizisten sind oder ob sie dem Inlandgeheimdienst FSB oder einem anderen Arm der umfassenden Staatssicherheit angehören. Häufig tragen die Männer keine Uniform, auch im Fall von Morosowa. So oder so stehe die Polizei in der Verantwortung, sagt Koslowski von Amnesty: «Die Misshandlungen fanden auf Polizeiposten statt, und die Polizei ist dafür verantwortlich, was dort geschieht.»

Passend zum Artikel



Russen, die gegen den Krieg protestieren, gehen ein grosses Risiko ein – der Unterdrückungsapparat wird immer brutaler

03.03.2022



GASTKOMMENTAR

Wo bleibt der russische Volksaufstand?

03.03.2022



«Es ist wichtig, dass wir unsere Stimme erheben» – Was russische Expats in Zürich über den Krieg in der Ukraine denken

09.03.2022



Mehr zum Thema Russland >

«Der Westen führt einen Wirtschaftskrieg, damit Putin seinen realen Krieg beendet»

vor 2 Stunden



Biowaffen-Vorwurf an die Ukraine – eine russische Verschwörungstheorie wird salonfähig

vor 2 Stunden



«Wer ein Faschist ist, bestimme ich!» Wladimir Putin belebt den sowjetischen Antifaschismus und fälscht die Geschichte. Damit ist er jedoch nicht allein

vor 2 Stunden



Für Sie empfohlen >

KOMMENTAR

Wer vor Kriegsausbruch auf russische Aktien wettete, erhält nun die Quittung

11.03.2022



Drei Tote bei Lawinenunglück in Österreich

Aktualisiert 11.03.2022



Indien schießt «versehentlich» Rakete nach Pakistan

11.03.2022



Der Nabel der Welt – warum der Bauch gerade das Mass aller Dinge ist

11.03.2022



Copyright © Neue Zürcher Zeitung AG. Alle Rechte vorbehalten. Eine Weiterverarbeitung, Wiederveröffentlichung oder dauerhafte Speicherung zu gewerblichen oder anderen Zwecken ohne vorherige ausdrückliche Erlaubnis von Neue Zürcher Zeitung ist nicht gestattet.